

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen*****Ostseeparlamentarierkonferenz – Konsequenzen für Bremen ziehen***

Als Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz haben Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen und des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft in der Resolution vom 5. September 2006 mit beschlossen: „die Teilnehmer . . . fordern die Regierungen angesichts der bedenklichen Situation in Bezug auf die ungewöhnliche Algenblüte und die leblosen Gebiete auf dem Meeresboden der Ostsee auf, nachdrücklich alle erdenklichen Maßnahmen und Instrumente zu unterstützen, die der weiteren Reduzierung von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Kommunen, der Schifffahrt und der Industrie dienen“. Aufgrund der geografischen Lage als Nichtanrainerland der Ostsee sind im Land Bremen im Wesentlichen Maßnahmen der Energie- und der Hafenpolitik notwendig.

Der erhöhte Kohlendioxidgehalt in der Atmosphäre bewirkt den Klimawandel und wirkt sich auch direkt negativ auf die Ostsee aus. Kohlendioxid der Luft wird vom Wasser aufgenommen. Der anwachsende CO<sub>2</sub>-Gehalt führt zu Veränderungen bis hin zum Aussterben von Tier- und Pflanzenarten. Zudem trägt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß zur Erwärmung der Ostsee und damit zur Schädigung des Ökosystems bei. Daher ist es notwendig, die Freisetzung von Kohlendioxid drastisch zu verringern.

Weiterhin muss der Schwefelausstoß durch die Schifffahrt reduziert werden. Die neuen Grenzwerte für den Schwefelanteil in Schiffstreibstoffen sind immer noch viel zu hoch und müssen deutlich herabgesetzt werden.

Im Laufe der nächsten Jahre wird eine erhebliche Zunahme von Feederverkehren im nordwestdeutschen Raum und auch in Bremerhaven erwartet. Der Ostseeraum ist ein zentrales Ziel dieser Verteilerverkehre. Deshalb ist die Ausrichtung der Hafenpolitik mit dem Ziel der Verbesserung der Umweltstandards und Schiffssicherheit eine weitere Notwendigkeit, um das gemeinsame Ziel in die Tat umzusetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. im Rahmen dieser Selbstverpflichtung alle Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer weiteren Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Land Bremen führen,
2. darauf hinzuwirken, dass Innovationen für eine umweltverträglichere Schifffahrt vorangetrieben und eingesetzt werden, um z. B. die erheblichen Emissionen durch den Treibstoff Schweröl zu verringern,
3. dafür Sorge zu tragen, dass Verstöße gegen Umweltauflagen durch ausreichende Hafenkontrollen mit hoher Sicherheit entdeckt und konsequent geahndet werden.

Dr. Karin Mathes, Dirk Schmidtman,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen